Veranstaltung zum 85. Geburtstag von BK a.D. Dr Franz Vranitzky Bruno Kreisky Forum, 4. Oktober 2022

## Festrede von Dr. Julian Nida-Rümelin

(Transkript drei frei gehaltenen Rede)

Verehrter Jubilar, verehrte Festversammlung,

Wenn man jetzt anfangen würde, einige Ehrengäste hier zu begrüßen, dann wäre die Zeit vorbei und wir kämen nicht mehr zu Gesprächen und zum Abendessen. Es ist für mich wirklich eine sehr große Ehre, hier eingeladen zu sein.

Ich habe mich beim Herfahren auch gefragt, ob Sie sich das auch wirklich genau überlegt haben, einen Nicht-Österreicher, schlimmer noch: einen Bayern, noch schlimmer: einen Philosophen, hier einzuladen. Und noch dazu, zu einem Thema zu sprechen, zu dem Sie, Herr Bundeskanzler Vranitzky, eigentlich die Expertise mitbringen, ganz überwiegend jedenfalls, nämlich Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Beides etwas, was Sie aus der Praxis sehr gut kennen.

Aber ich lasse mich auf diese Herausforderung gerne ein – auch aus großem Respekt. Respekt nicht nur gegenüber dem Jubilar – dazu sage ich zum Schluss noch ganz kurz etwas, weil es ja nicht meine Rolle ist, dies als Ausländer groß darzustellen, sondern auch aus Respekt gegenüber diesem Land und seiner Rolle, die es vor allem in der Vergangenheit wahrgenommen hat. Aber auch angesichts der Entwicklung hier in Wien, die mich immer wieder fasziniert. Es gibt übrigens drei Dinge, die mich mit Wien verbinden – abgesehen mal von persönlichen Reminiszenzen, gelegentlichen Aufenthalten, gelegentlichen Einladungen hier in Wien.

Das eine ist, ich komme ja aus der analytischen Philosophie. Da gibt es ganz unterschiedliche Varianten, und eine Variante steht Ludwig Wittgenstein nahe und dieser gehöre ich an. In Wittgensteins umfassendem Oeuvre (man hat ja gedacht, der hat nicht viel geschrieben, bloß zwei kleine Büchlein veröffentlicht zu Lebzeiten – den Tractatus und dann so eine Grammatik für Volksschüler - dabei hat er unglaublich viel geschrieben), in diesen ganzen Konvoluten von Texten und Überlegungen kommt ein Begriff genau sechs Mal vor. Das ist der Begriff "Lebensform". Und dieser ist jedenfalls für meine eigene Philosophie sehr wichtig geworden. Es gibt sogar ein Buch von mir mit diesem Titel (Anm.: Philosophie und Lebensform, Suhrkamp, 2009). Und nahe bei Wien, in Kirchberg am Wechsel, findet regelmäßig ein Symposium statt, wo im Geiste von Wittgenstein diskutiert wird, das ich auch sehr gerne besuche.

Das zweite ist – vielleicht von großer Aktualität gegenwärtig –, dass dieses ja nicht so große Land in den 70er und 80er Jahren mit Bruno Kreisky als Bundeskanzler international eine extrem wichtige Rolle gespielt hat. Das war international eine anerkannte Rolle, auch im Sinne von Vermittlungen in ganz schwierigen Konflikten – etwa zwischen Juden und Palästinensern - und anderswo. Es war eine Zeit, in der von diesem Land in Zusammenarbeit mit einigen anderen Persönlichkeiten – wie Olof Palme oder Willy Brand – Visionen ausgingen für eine friedliche Weltordnung, für eine gerechtere Weltordnung, für Nord-Süd-Ausgleich. Ich glaube, wir hätten das heute mindestens so nötig wie damals.

Das dritte ist, dass diese Stadt – Wien - sich gegenwärtig in einer Dynamik befindet, die mich wirklich fasziniert, mich auch neidvoll beobachten lässt: Wien als führende Smart-City in Europa. Wenn man ein paar Jahrzehnte zurückgeht – ich will jetzt niemandem zu nahe treten – hatte man das Gefühl, dies ist eine große, faszinierende, von kultureller Schwermut geplagte Stadt, ehemals Zentrum eines großen Reiches, das es nicht mehr gab, und konfrontiert mit dem Ende der westlichen Welt,

sozusagen, in relativ naher Nachbarschaft. Das hat sich alles geändert. Diese Stadt ist immens dynamisch, und sie verbindet – und das ist für einen Sozialdemokraten Vorbild - diese ökonomische, diese technologische Dynamik mit sozialer Verantwortung in einem Umfang, wie das wohl keiner anderen Metropole, in Europa jedenfalls, gelingt. Das fasziniert mich nach wie vor.

Aber jetzt zum eigentlichen Thema: Demokratie und Rechtsstaatlichkeit

Kann man zu diesem Thema vor solch einem Publikum irgendetwas Neues sagen? Also ich hoffe, ja. Aber der Preis dafür ist, dass das vielleicht auch ein bisschen irritierend ist. Zunächst einmal will ich mit einer scheinbar steilen These beginnen. Wir leben alle in einer Demokratie. Und die allermeisten Menschen, die in dieser Demokratie leben, sie auch akzeptieren – ich rede gar nicht von den Rändern, die sie ablehnen – wissen nicht so recht, was Demokratie überhaupt ist. Wenn man Umfragen macht, dann hört man: "Naja, Demokratie ist dort, wo die Mehrheit entscheidet." Nein, das ist schlicht falsch. Dann wäre der NS-Staat bis jedenfalls weit in die 40er Jahre hinein, wenn es denn demokratische Wahlen gegeben hätte, legitimiert gewesen, weil eine Mehrheit der deutschen Bevölkerung dem NS-Regime zugestimmt hat – jedenfalls nach den ersten - wirtschaftspolitischen und außenpolitischen - "Erfolgen".

Nein, Mehrheit ohne Rechtsstaatlichkeit, ohne Minderheitenschutz ist keine Demokratie. Das ist ja etwas Merkwürdiges, weil man könnte sagen: "Ja, Moment mal, das eine ist ja Demokratie, die Mehrheit entscheidet, und auf der anderen Seite steht der Rechtsstaat, der garantiert individuelle Rechte. Das ist doch etwas Anderes. Da gibt es ein Spannungsverhältnis zwischen beidem." Nein, ich glaube, das ist falsch.

Um das zu erkennen, gehe ich jetzt ganz kurz weit zurück in die Geschichte. Wir haben ja in der europäischen Moderne nicht zum ersten Mal eine Demokratie. Die athenische Demokratie hat fortgelebt in den kulturellen Traditionen und Erinnerungen. Sie war eine funktionierende, mit Friktionen und Problemen aber doch insgesamt funktionierende, Demokratie – für eine gewisse Zeit jedenfalls. Auch verantwortlich für Kriege übrigens, wie etwa der völlig unnötige Krieg gegen Syrakus. Zur gleichen Zeit war Athen eine internationale Metropole, mit internationalen Handelsbeziehungen, u.s.w. Und dieses Fortleben, diese Erinnerung an diese vermeintlich oder tatsächlich goldene Zeit der athenischen Demokratie hat immer wieder die Phantasie angeregt und war mit ein Orientierungspunkt, aus dem dann die moderne Demokratie mit hervorgegangen ist. In Rousseau lebte diese antike Erinnerung zweifellos fort.

Aber was war das für eine Demokratie? Was war der Kerngedanke dieser Demokratie? Der Kerngedanke ist einigermaßen irritierend. Der Kerngedanke ist, wir als freie, griechische Bürger – politai, Männer, nur Männer, die in dieser Stadt heimisch sind, also keine metroiken, also Halbbürger - wir sind mächtig, autark. Wir regieren ein Oikos, eine Hausgemeinschaft, uns sind – das klingt jetzt ganz schrecklich, aber ich muss es trotzdem sagen, man kann es bei Aristoteles nachlesen – Sklaven, Kinder und Frauen untertan. Und wir sind nicht bereit, über uns irgendeine Herrschaft zu dulden. Der Grundgedanke der athenischen Demokratie ist individuelle Autarkie der freien, männlichen, eingeborenen Bürger dieser Stadt. Ja, und was kann man dann noch machen? Wenn keine Herrschaft zulässig ist, dann kann man sich nur auf der Basis von Kooperation zusammentun. Da muss man sagen, "Pass mal auf, wir müssen ja irgendwie die öffentlichen Angelegenheiten regeln, du machst dies, du machst jenes, und wenn es zu viele Aufgaben gibt, dann macht man keine Wahlen, sondern dann entscheidet das Los. "Das Los: Gerichtsversammlungen – 600 Personen - haben Sokrates 399 v. Chr.zum Tode verurteilt, mit heftigen Debatten, ohne Mikrofon übrigens hat das funktioniert. Das war gelebte Demokratie – es wurde ausgelost, wer in diesen Gerichtsversammlungen saß. Das ist nicht ganz unser Modell von Demokratie. Nämlich eine Demokratie, die nicht von gleicher Freiheit ausgeht, die sogar eine Herrschaftsordnung von Natur voraussetzt.

Jetzt mach ich einen Riesen Sprung. Ich glaube der zweite Ursprung (neben der Erinnerung an diese athenische Demokratie, die kulturelle Überlieferung) ist das bis dato schrecklichste Ereignis der europäischen Geschichte, das dann nur übertroffen wurde von der NS-Terrorherrschaft mit dem Völkermord an den Juden im 20. Jahrhundert: der Dreißigjährige Krieg. Prozentual kamen im Dreißigjährigen Krieg mehr Menschen in Europa um – prozentual – als in beiden Weltkriegen im 20. Jahrhundert. Dieser Dreißigjährige Krieg hatte begonnen als Konflikt zweier Lebensformen, nicht nur zweier religiöser Überzeugungen. Protestantismus und Katholizismus waren zwei unterschiedliche Arten zu leben, zu Gott zu stehen - Institutionen anzuerkennen als Vermittlung zwischen Gott und dem Einzelnen: katholisch – oder nicht anzuerkennen: protestantisch. Opulenz und Sinnlichkeit geradezu zu feiern: katholisch – oder abzulehnen: protestantisch. Und so weiter. Es waren zwei weit divergierende Lebensformen. Verbunden mit der selbstgewissen Überzeugung auf beiden Seiten, dass die Lebensform der anderen zur ewigen Verderbnis führt. Dass man allen, die man gewinnen kann, die man zum Wechsel der Konfession bringen kann, damit das ewige Leben rettet – und sei es kurz vor ihrem Tod, bevor man sie umbringt. Das hat den Dreißigjährigen Krieg vorangetrieben, neben allen möglichen regionalen Konflikten, ökonomischen Konflikten, die das Ganze dann auch modifiziert und überlagert hatten. Es war im Kern ein Konflikt zweier Formen des Lebens, zweier Formen der Religiosität, zweier Formen der spirituellen Praxis. Und Europa war am Ende erschöpft vom Krieg. So erschöpft, dass sich die Frage stellte, wie kann man für ewig ausschließen, dass sich so etwas wiederholt? Die Antwort hatte zwei Teile. Der erste Teil war, wir müssen die religiösen Gemeinschaften domestizieren. Der Zugriff religiöser Gemeinschaften auf die Politik ist verderblich. Die zweite Antwort war, wir müssen eine rechtliche Ordnung etablieren, wie auch immer, die sicher stellt, dass die einzelnen nicht Opfer werden von Gesinnungsgemeinschaften, die sich gegen deren individuell praktizierte Lebensform stellen. Toleranzedikt. Das gab es schon einmal vor dem Dreißigjährigen Krieg. Der Versuch über Toleranzedikte die schreckliche Katastrophe zu vermeiden, das ist aber schief gegangen. Nach dem Dreißigjährigen Krieg ist es gelungen. Daraus kann man ein paar grundlegende Schlussfolgerungen ziehen zum Verhältnis von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Ich mache jetzt einen Definitionsversuch. Demokratie ist kollektive Selbstbestimmung der Freien und Gleichen. Das heißt, die Menschen, die sich als gleichermaßen frei und gleich ansehen, die sich wechselseitig Würde anerkennen, die sich wechselseitig respektieren, die sich unabhängig von Herkünften, Gemeinschaftszugehörigkeiten und Religion kulturell anerkennen und auf Augenhöhe begegnen, sind bereit, Institutionen zu etablieren, die gemeinsame Entscheidungen für die politische Gemeinschaft ermöglichen, unter der Bedingung, dass ihre gleiche Freiheit, dass ihr Status als Freie und Gleiche dadurch nicht gefährdet wird. Und damit wird ziemlich deutlich, durch diese Definition, dass individuelle Rechte abgesichert über die Institution des Rechts, der Gesetze, der Gerichte, der Strafverfolgungsbehörden und so weiter, gleich ursprünglich sind für die Demokratie wie kollektive Entscheidungen.

Wenn man jetzt hier einen Punkt machen würde, bliebe das allzu abstrakt. Und deswegen will ich noch zwei wesentliche Bausteine hinzufügen zum Verhältnis von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Das erste ist – wir sind ja doch in einem stark sozialdemokratisch geprägten Umfeld in dieser Runde – dass wir diese Botschaft, dass wir Menschen als Freie und Gleiche respektieren – oder ich formuliere es einmal ein bisschen anders – dass wir sie als Autorinnen oder Autoren ihres Lebens ernst nehmen. So kann man nämlich auch die Menschrechtstradition verstehen, Menschenrechte garantieren. Autorschaft, Zugehörigkeit, kulturelle, soziale Menschenrechte. Das steht nur auf dem Papier. Wenn Menschen in existentiellen Krisen abhängig werden von Almosen, von denjenigen, die bereit sind, Menschen, die in Not geraten sind, zu helfen, dann verlieren sie ihren Status als Freie und Gleiche.

Sie sind bittende, bettelnde Menschen, aber nicht mehr Menschen, die anderen auf Augenhöhe begegnen können. Also gibt es Demokratie nicht - ich bin fest davon überzeugt, das ist eine präzise Ableitung - ohne die Garantie, dass man in solchen Situationen individuelle Rechte auf Unterstützung, und zwar auf staatliche Unterstützung, hat. Der Sozialstaat tut nichts anderes, als die Autorschaft – Autorin oder Autor des eigenen Lebens zu sein - auch in bestimmten Lebenssituationen – alt, krank, hilfsbedürftig oder arbeitslos– abzusichern. Er garantiert in dem Sinn Freiheit und Gleichheit aller über unterschiedliche existentielle Lagen hinweg.

Und dann das zweite Element, was mir wesentlich ist und was in der Tradition der politischen Philosophie, der ich ansonsten ziemlich nahestehe – also Stichwort Jürgen Habermas, John Rawls und viele andere, im amerikanischen Jargon liberale, im europäischen eher linksliberale oder auch sozialliberale Theoretiker vorgetragen haben, die nach wie vor einen Gutteil der Debatte dominieren – da gibt es eine Leerstelle: das ist die der Kultur. Die Konservativen, von Edmund Burke beginnend, haben in einem Punkt Recht. Die Kultur prägt uns. Kulturelle Praktiken prägen jede Form von Gesellschaft in hohem Maße. Das sind nicht partikulare Gemeinschaften, die irgendwie störend wirken können. Das sind nicht – ich zitiere jetzt John Rawls – "comprehensive moral doctrines", die irgendwie durch einen overlapping Konsensus zusammengehalten werden, sondern das sind wir. Wir sind kulturelle Wesen. Wir gehören zu kulturellen Gemeinschaften. Wir beziehen unsere Werte und Normen aus kulturellen Prägungen, aus kulturellen Praktiken, ob uns das bewusst ist oder nicht.

Deswegen ist die ganz entscheidende Antwort auf diese Herausforderung: Die kulturelle Alltagspraxis, wie wir miteinander umgehen, ist Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie. Demokratie ohne Zivilkultur - wie ich das nenne - oder man könnte auch sagen, ohne eine Kultur der Humanität – und zwar meine ich das durchaus in der Alltagspraxis – ist nicht lebensfähig. Oder, um anzuspielen auf ein bedeutendes historisches Ereignis in den USA, eine Gesellschaft, in der die Menschen in den Bussen aufstehen, weil sich neben sie jemand setzt, der eine andere Hautfarbe hat, ist nicht wirklich demokratiefähig. Die alltägliche Diskriminierung führt dazu, dass wir uns nicht als Freie und Gleiche begegnen in Respekt und wechselseitiger Anerkennung. Das heißt, eine Zivilkultur der Humanität ist unverzichtbar für die Demokratie.

Und jetzt braucht man im Grunde – das ist der Vorteil von guten Theorien – gar nicht mehr viele argumentative Mittel aufbieten, um klar zu machen, wo die Gefährdungen der Demokratie liegen. Sie liegen genau darin: Zerstörung der Zivilkultur durch rücksichtslose kommunikative Praxis, durch Respektlosigkeit, durch Diffamierung, durch Diskreditierung, auch durch Cancel-Culture und vieles andere. Die Vorstellung, dass die Demokratie, so wie wir sie kennen - rechtsstaatlich eingehegt mit Gewaltenteilung, mit Institutionen, die das Ganze stabilisieren, mit den Parlamenten, Regierungen, und so weiter – , eigentlich ersetzt werden sollte durch einen unmittelbaren Transmissionsriemen des Volkswillen in Politik - das ist so der rechtspopulistische Diskurs - oder auch - eher von links kommend das rousseauistische Ideal - dass es doch am besten wäre, vielleicht mit "Liquid Democracy", ein elegantes Tool, um Entscheidungsprozesse zu organisieren, die Institutionen überflüssig zu machen. Man sitzt dann zu Hause, und mit ein paar Clicks kann man dann seine Meinung äußern, Vorschläge machen und so weiter. Die Piraten-Partei in Deutschland hat das auch intern probiert, selbst intern ist es schiefgelaufen. Das sind gefährliche Narrative, die geeignet sind, bei Menschen, die nicht verstanden haben, was Demokratie eigentlich ausmacht, eine demokratiefeindliche oder jedenfalls demokratiegefährdende Einstellung einzunehmen.

Also: Demokratie ist die kollektive Selbstbestimmung der Freien und Gleichen. Sie setzt auf individuelle Verantwortlichkeit und politische Urteilskraft, einen öffentlichen Vernunftgebrauch. Sie setzt auf Solidarität, weil Menschen sonst ihren Status als Freie und Gleiche verlieren. Und sie ist angewiesen auf eine Kultur, eine Alltagskultur, der Humanität.

Und an der Stelle – obwohl es nicht meine Aufgabe war – will ich doch etwas sagen zum Wirken des Jubilars.

Man kann ja Politik betreiben als ein gewissermaßen "closed shop": Wir sind unter uns, wir kennen uns von den Jugendorganisationen der verschiedenen Parteien, wir wissen, wie wir Mehrheiten auf Parteitagen gewinnen und in Hinterzimmern agieren müssen, um hinreichend die Netzwerke auszubauen und so weiter. Das ist Teil der politischen Praxis – ich kenn sie ganz gut, ich habe mich seit meinem 19. Lebensjahr für die Sozialdemokratie engagiert, nicht nur in den fünf Jahren in öffentlichen Ämtern. Aber wenn das alles ist, dann dünnt die Politik aus, dann haben die Leute den Eindruck: "Naja, die machen ihr Spiel. Was haben die eigentlich mit uns zu tun?". Und rhetorisch begabte junge Politikerinnen, die demnächst in Italien Ministerpräsidentin werden, die können dann dieses Unbehagen für die eigene Karriere entsprechend nutzen. Vielleicht sogar neofaschistisches Gedankengut in eine demokratische Regierung einbringen. Das ist hochgefährlich.

Was wir brauchen, glaube ich, in der Politik, sind Menschen, die trotz dieser natürlichen Binnenlogik der politischen Prozesse - der Meinungsbildungsprozesse, der Entscheidungsprozesse - als Mittler wirken zwischen Wirtschaft und Politik, zwischen Kultur und Politik, zwischen Wissenschaft und Politik. Die auch Kompetenzen mitbringen, die man im politischen Betrieb selber nicht erwerben kann. Und da scheint mir Franz Vranitzky ein ganz leuchtendes Vorbild zu sein. Es gibt nur wenige Spitzenpolitiker in Europa, die diese Fähigkeit mitgebracht haben - im höchsten oder politisch einflussreichsten Amt der Republik, aber auch nachdem er dieses Amt nicht mehr wahrgenommen hat und in den Jahren zuvor. Das beeindruckt mich sehr, und dass er auch jetzt ganz unbeeindruckt von irgendwelchen Jahreszahlen dieses Engagement fortsetzt, beeindruckt einen erst recht.

Ich gratuliere Ihnen allen zu diesem Bundeskanzler a. D. Und ich gratuliere Ihnen, lieber Franz Vranitzky, dazu, dass Sie die Kraft haben, konsequent diesen Weg fortzusetzen. Wir alle profitieren dabei. Alles Gute!